

# Riesaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

## Amtsblatt

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.  
Gewinn Nr. 20.

Drahtschrift: Leipzig 21904.  
Gewinn Nr. 22.

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 90.

Freitag, 19. April 1918, abends.

71. Jahrg.

Das Riesaer Tagesblatt erscheint jeden Tag abends  $\frac{1}{7}$  Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Schalter der Reichl. Postanstalt vierteljährlich 3 Mark, monatlich 1 Mark. Anzeigen für die Nummer des Tagesblattes sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für deren Aussehen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mal bezogene Grundfläche (7 Seiten) 25 Pf., Oetepreis 30 Pf.; gelbdruckter und tabellarischer Satz entsprechend höher. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 20 Pf. feste Tarife. Beiliegende Rabatte erlöschen, wenn der Betrag verfallen ist, durch Mängel eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Betrieb der Druckerei, der Besamanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Weichschleife: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hänel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

### Bekanntmachung.

Verzeichnis der Sattler und der Brunnen- und Pumpenbauer, welche Leder auf Bezugskarte erhalten.

Um die Möglichkeit der sofortigen Ausführung kleiner sehr eiliger Ausbesserungen an Treibriemen und Ergänzungen an Pumpenmanschetten u. dgl. zu sichern, gibt die Riemen-Freigabe-Stelle einer Anzahl von Sattlern und Brunnen- und Pumpenbauern gegen nachträgliche Abrechnung vierteljährlich je 5 kg Leder auf Bezugskarte frei.

Für den Bezirk der königlichen Amtshauptmannschaft Großenhain kommen folgende Brunnen- und Pumpenbauer in Frage:

Bähler, Karl, Gröba,  
Böhling, Ernst, Glauchitz.

Im übrigen ist Material für Riemenausbesserungen ohne Bezugskarte aus dem nächsten Ausbesserungslager oder, wenn bei Lederriemen Stücke von mehr als 1,50 m erforderlich sind, gegen Bezugskarte der Riemen-Freigabe-Stelle bei den Werkstätten des Verteilungsplanes zu beziehen. Im letzteren Falle sind Anträge (bei Landwirten unter Verwendung des vereinfachten Vordruckes Nr. 94) bei der R. F. St. in Berlin W 35, Potsdamer Straße 122 a-b zu stellen.

(Vgl. auch Nr. 9 der Mitteilungen vom 11. August 1917.)  
1001 & D.L.  
Königliche Amtshauptmannschaft.

### Lebensmittelverteilung.

- Es kommen zur Verteilung:
1. Vom Montag, den 22. laufenden Monats ab auf Abschnitt 15 der grauen Nahrungsmittelkarte 1 125 g Grütze, gelben " " " 75 g roten " " " 300 g Grieß, grünen " " " 250 g
  2. Vom Montag, den 29. laufenden Monats ab auf Abschnitt 16 der grauen Nahrungsmittelkarte 1 125 g Graupen oder Grütze, gelben " " " 75 g roten " " " 300 g Grieß, grünen " " " 250 g
- Der Preis beträgt für Graupen oder Grütze 36 Pf. für das Pfund, für Grieß 32.

Die Verkaufsstellen haben die abgestempelten Abschnitte 15 und 16 der gelben Nahr.

### Hauptauschuß des Reichstages.

Berlin, den 18. April 1918.  
Der Hauptauschuß des Reichstages hatte heute seine Aussprache über die U-Boot-Fragen.

Herr Erzberger (D.) bezeichnete die Stelle des Berichtes des „Berliner Lokal-Anzeigers“ über seine gestrigen Ausführungen, wonach er „seinen Vorstoß im Juli 1917 gegen die Wirkungen des U-Boot-Krieges“ notwendig zu verteidigen habe, als einen Versuch des „Mannes“, die öffentliche Meinung irreführer.

Staatssekretär v. Capelle: Der springende Punkt der gestrigen Ausführungen waren die wirtschaftlichen und innerpolitischen Folgen des U-Boot-Krieges während der nächsten Monate. Der Gesichtspunkt für England ist, wie auch die „Germania“ treffend schreibt, bereits eingetreten. Die Lage der Besatzmächte vergrößert sich von Tag zu Tag.

Der Staatssekretär gab sodann kurz auf die Besetzung der Welttonnage eines Abgesehen ein, die im Sommer vorigen Jahres eine Rolle gespielt hat. Diese Besetzung ist wohl gegenüber der Sommer-Besetzung des Admiralstabes eine Differenz von 9 Millionen Tonnen auf. Nach meiner Meinung ist die Besetzung des Admiralstabes richtig. Woher käme denn sonst die Frage nach dem Gehalt, die man dort angesichts der vorliegenden Tatsachen nicht hinwegdisputieren kann? Der Admiralstab hat sich in seinen Berechnungen der jeweiligen Lage der Schiffe angepasst. Anfangs sorgte jeder der feindlichen Staaten für sich, später wurde gemeinschaftlicher Sommerbetrieb unter Englands Leitung eingerichtet. Der Staatssekretär gab die Berechnung des amerikanischen Schiffsfuhrers der Welttonnage für Herbst 1917 wieder, nach der die Welttonnage 33 Millionen Brutto-Registertonnen betrug, in der, als über See gehend, nur 21 Millionen Brutto-Registertonnen angerechnet sind. Was tut aber gut, nicht zuviel auf all diese Berechnungen zu geben, sondern sich lieber an die tatsächliche Lage zu halten, daß der Gesichtspunkt für die Besatzmächte erreicht ist.

Herr Gothein (Fortsch. Sp.) glaubt nicht, daß das Antreten Amerikas in den Krieg freizugehend wird, das Gegenteil scheint richtig zu sein. Durch die Ausführungen des Staatssekretärs über die Welttonnage ist die Frage nicht viel klarer geworden. Niemand zweifelt, daß mit der Zeit der U-Boot-Krieg wirkt; aber zu optimistisch darf die Sache nicht genommen werden. Weder bespricht er die Erz- und Stahlfrage. Was notwendig ist, muß geschehen, um den U-Bootbau zu fördern, damit das mit der Waffe in Aussicht genommene Ziel so bald wie möglich erreicht wird. Die Industrie hätte viel mehr leisten können, wenn sie mit Aufträgen bedacht worden wäre. Rahmgebende Anträge der Wasserversorger u. d. werden 1918 noch abgelehnt. Weder äußerte sich weiter über die U-Boot-Boote und deren Verwendung.

Staatssekretär v. Capelle äußert sich größtenteils vertraulich zu der Frage der Vergütung von Aufträgen und deren Ausführung.

Herr Nolte (Soz.): Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, daß Deutschland sehr stark ist und wir zuversichtlich einen guten Ausgang des Krieges entgegenstellen können. Nichtsdestoweniger hat der Reichstag Grund, an seiner Auffassung festzuhalten, den Krieg auf dem Wege der Verständigung zu beenden.

Nach einer vertraulichen Mitteilung des Staatssekretärs begrüßte Herr Erzberger (Soz.) die gestrigen Ausführungen des Staatssekretärs, aus welchen hervorgeht, daß der U-Boot-Krieg freizugehend wird, daß in England sich die Wirkung deutlich sichtbar macht. Höflich ist es, daß im Verständnis für seine

Summe gegen die Fortsetzung des U-Boot-Krieges erhoben hat. Das Ergebnis der Verhandlungen im Ausschuß ist ein Ausproben, mit äußerster Entschiedenheit an dem U-Boot-Krieg festzuhalten.

Herr Dr. Stresemann (Nf.): Bedauerlicherweise wird den Meinungen fremder Staatsmänner nicht sofort entgegengetreten, sondern erst wenn der Hausbau des betreffenden Reichstages zur Erörterung steht. Die Wirkungen des U-Boot-Krieges, wie sie von den englischen Rednern und Staatsmännern selbst geschildert werden, sollen in Form von Flugblättern dem deutschen Volke mitgeteilt werden. England hat uns da ein Beispiel gegeben, indem dort die Propaganda durch den Bau von U-Booten nach Möglichkeit zu fördern, ist Pflicht der maßgebenden Stellen. Die übrigen Kriegsbefürworter und das heimische Wirtschaftsleben können nicht unberücksichtigt bleiben, aber die militärischen Interessen müssen im Vordergrund stehen, denn es gilt vor allem, den Krieg zu gewinnen.

Staatssekretär v. Capelle: Der Vorsitzende hat leider das Räuschen verbreitet, daß ich mich beim Bau der U-Boote von Vorkriegsmengen hätte lassen lassen. In der Hand des Vorsitzenden sehe ich, daß ich im Gegenteil nicht auf das Aufschreiben gegen eine derartige Unterstellung verwaschen habe.

Herr Schuler (Kamp. Fr.): Sämtliche kompetenten Marinebehörden sind der Ansicht gewesen, daß im März 1918 der unangeforderte U-Boot-Krieg hätte aufgenommen werden können. Wer die Verantwortung dafür trägt, daß das nicht geschehen ist, liegt darin. Weder besprach dann die Angelegenheit und die Folgen des Eintritts der Vereinigten Staaten von Amerika in den Krieg. Im Hinblick auch darauf muß der Bau großer U-Boote weiter gefördert werden.

Herr Seebour (Soz.) wandte sich gegen die Feststellung, als ob sämtliche Abgesehen sich für den unangeforderten U-Boot-Krieg ausgesprochen hätten. Seine Fraktion lehne auf dem Standpunkt, daß zwar der U-Boots-Handelskrieg im Hinblick auf das Seehandelsrecht und den Ausnahmestillsatz Englands gerechtfertigt ist, nicht aber der rücksichtslose U-Boot-Krieg.

Herr Erube (Fortsch. Sp.) bestritt die Angabe des Abg. v. Camp, als ob 1918 sämtliche kompetenten Stellen des Reiches den unangeforderten U-Boot-Krieg für möglich gehalten hätten. Der U-Boot-Bau wurde seinerzeit unter v. Tirpitz vernachlässigt, erst auf Betreiben v. Bethmann Hollweg ist eine größere Zahl von U-Booten in Bestellung gegeben worden. Der U-Boot-Bau muß immer mehr gefördert werden, damit die U-Boot-Wirkung gegen England (so in aller Schärfe geltend macht und wir in dieser Weise bauen die Führung haben).

Staatssekretär v. Capelle legte eingehend erneut den Fort und den U-Boot-Bestellungen dar.

Herr Graf Westarp (Nf.) stellte fest: Mit Ausnahme der unabhängigen Sozialdemokratie herrscht im Deutsches Reich volle Übereinstimmung, daß der U-Boot-Krieg unangefordert fortgesetzt werden muß, man sieht darin ein Mittel, um zum Frieden zu gelangen und England zu machen. Meinungsverschiedenheiten bestehen nur über den Zeitpunkt, in dem der U-Boot-Krieg in Kraft treten sollte. Das Ergebnis der Aussprache ist, daß nach übereinstimmender Meinung die Wirkung der U-Boote mit äußerster Kraft fortgesetzt wird, ohne Rücksicht auf die Dauer des Krieges, 2. daß der U-Boot-Krieg mit allen Mitteln in aller Schärfe fortgesetzt wird, daß auch — nach meiner Meinung — in dem Falle, daß England einem Waffenstillstand beantragt, eine Aufhebung der Besatzmächte nicht als Gegenleistung angesehen werden.

Herr Erzberger (Soz.) betonte, daß nunmehr sämtliche früheren Berechnungen des Admiralstabes über die Wirkungen des U-Boot-Krieges in den Papierförmig geworden wären. Damit ist eine alte Streitfrage erledigt. Alles muß geschehen zur Förderung des U-Boot-Baus, damit wir bald zum Ziele und zum

Frieden kommen. Unser Verhalten im Falle eines angebotenen Waffenstillstandes wird von den Umständen und den Interessen des Volkes abhängen.

Staatssekretär v. Capelle erklärte, alles zur Förderung und Aufrechterhaltung der U-Boot-Waffe tun zu wollen. Nächste Sitzung: Dienstag, 23. April: Kriegsteuergesetz, Haushalt des Reichstages.

### Deutscher Reichstag.

149. Sitzung vom Donnerstag, 18. April, nachm. 3 Uhr.  
Die Reichspostverwaltung.

Die Aussprache wird fortgesetzt.  
Herr Weber (Nf.) bespricht die Verhältnisse im Fernsprachenwesen und fordert Erneuerung der Postbeschlüsse. Die Schaffung von Beamtenausstellungen, zunächst von seelsüchtigen Jugendlichen, ist anzustreben.

Herr Niemöller (Nf.): Wegen der Postbeschlüsse muß rücksichtslos eingeschritten werden. Postbeschlüsse mit großer Härte müssen ausgedehnte Unterstützung erhalten. Die Verhältnisse bei den Postbeschlüssen auf dem Bande ist zu lang. Die Dienstleistungsfrage sollte wieder eingeführt werden.

Staatssekretär Müllin: Die Zahl der Postbeschlüsse kann nicht ohne weiteres herabgesetzt werden. Ideal wäre ein einziger Postbeschlüsse. Die Weiterentwicklung von Einzelverpackungen ist erwogen. Die Fernsprechanlagen nach Wien und Budapest sind durch Krieg und Kriegsgelände sehr behindert. Die Wünsche der Beschlüsse sollen möglichst berücksichtigt werden. Die Wünsche sind ständig geäußert. Ihren Postarbeiten bekommt weniger als ein Arbeiter besserer anderer Staatslicher Bediene.

Herr Bruhn (Nf.) bringt Wünsche einzelner Beamtengruppen vor. Die Titelfragen ist die Zeit zu ernst. Herr Hubert (Nf.) von Hildesheim wird genannt. Reformen haben die Arbeitsbeschäftigung. Bei der Post herrscht große Engpassverhältnisse.

Herr Dörmann (Nf.) führt Beschwerde über postalische Mängel in Ostpreußen.  
Staatssekretär Müllin: Die Pensionskasse für Telegraphenarbeiter ist längst in Aussicht genommen. Während des Krieges ist es aber nicht möglich, sie ins Leben zu rufen. Ein Unterschied zwischen höheren und Unterbeamten wird bei der Bezahlung von Postbeschlüssen nicht gemacht.

Herr Dr. Quark (Soz.): Man sollte die Bezahlung der Frauen nicht von vornherein tiefer unter die der Männer stellen, obwohl sie vielfach genau das selbe leisten. Die Frauen werden uns noch lange auch für die Uebergangswirtschaft notwendig sein.

Herr Dr. Gugelmeyer (Nf.): Behinderungen des Post- und Telegraphenverkehrs könnten beseitigt werden. Den Mängeln in Ostpreußen sollte Abhilfe geschafft werden.

Herr Sietzow (Nf.): Die Arbeitsbeschäftigung der höheren Unterbeamten muß durch Erfüllung ihrer Wünsche gehoben werden. Die Postfreiheit der Fürsten sollte in einer Zeit, in der dem Volke andere gewaltige Opfer auferlegt werden, endlich verschwinden.

Die Abg. Behrens (Nf.) und Dörmann (Nf.) bringen Wünsche verschiedener Beamtenkategorien sowie der Poststrassen zur Sprache.  
Staatssekretär Müllin spricht die Wertschätzung der Postverwaltung für die Frauenarbeit aus und geht kurz auf die Bemerkungen der Vorredner ein.  
Hierauf wird der Titel I, Gehalt des Staatssekretärs, sowie der Entwurf einer fünften Ergänzung des Besol-





